

NIEDERSCHRIFT
der 6. öffentlichen Sitzung des Finanzausschusses am 23.01.2020

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste
Ort: Ratssaal, Am Kloster 1

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:10 Uhr

Bestätigte Tagesordnung

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
- TOP 3 Einwohnerfragestunde
- TOP 4 Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung
- TOP 5 Antrag Fraktion DIE LINKE - Die PARTEI Verlängerung der Aussetzung der Maßnahmen mit einer Beitragserhebung für Straßenbaumaßnahmen 013(VII)2019_2
- TOP 6 Information zum Haushalt 2020 inkl. Haushaltskonsolidierungskonzept
- TOP 7 Information zum Stand Eröffnungsbilanz zum 31.12.2012
- TOP 8 Mitteilungen und Anfragen
- Nichtöffentlicher Teil
- TOP 1 Erlass Grundbesitzabgaben 004/2020
- TOP 2 Mitteilungen und Anfragen
- Öffentlicher Teil
- TOP 9 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- TOP 10 Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Risch, eröffnet die Sitzung des Finanzausschusses. Es wird festgestellt, dass alle Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind. Es sind 14 Mitglieder anwesend. Es besteht Beschlussfähigkeit.

2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Änderungsanträge wurden nicht gestellt. Damit ist die Tagesordnung angenommen.

3. Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner anwesend.

4. Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung

Schriftliche Einwendungen gegen die Niederschrift wurden nicht erhoben.
Über die Niederschrift vom 04.12.2019 wird wie folgt abgestimmt:

dafür: 12 dagegen: 0 Enthaltung: 2

Die Niederschrift der Sitzung vom 04.12.2019 gilt somit als anerkannt.

5. Antrag Fraktion DIE LINKE - Die PARTEI Verlängerung der Aussetzung der Maßnahmen mit einer Beitragserhebung für Straßenbaumaßnahmen

Herr Risch weist auf die zusätzliche neue Stellungnahme der Verwaltung hin, in welcher die Ablehnung des Antrags empfohlen wird, da dringliche Maßnahmen durchgeführt werden sollen, wie z.B. die Straße am Güterbahnhof. Nach seiner Ansicht würde er die Vorgehensweise favorisieren, vor der Abstimmung des Stadtrates, die Investitionsliste mit den beitragspflichtigen Maßnahmen durchzusprechen und festzulegen, welcher dieser Maßnahmen durchgeführt werden soll. Sollte der Stadtrat dem Antrag zustimmen, wird der Oberbürgermeister Widerspruch einlegen.

Herr Klitzschmüller kann den Ausführungen nicht zustimmen.
Der vorliegende Antrag bezieht sich auf vorhergehenden Antrag aus dem Jahr 2018. Er kann deshalb nicht nachvollziehen, warum nun bei Zustimmung durch den Stadtrat der Oberbürgermeister Widerspruch einlegen muss. Weiterhin merkt er an, dass der Antrag sich nur auf die einmalige Beitragserhebung bezieht.
Weiterhin bittet er um Auskunft, wie viele Bürger bei der Beitragserhebung in der „Straße am Güterbahnhof“ betroffen sind und von wem die Beiträge erhoben werden.

Der Oberbürgermeister teilt mit, dass eine Unterscheidung zwischen den Ortschaften und der Kernstadt nicht gemacht werden kann. Der Antrag gilt für die gesamte Stadt inkl. der Ortsteile.

Herr Reichel fragt an, ob die Maßnahme „Straße am Güterbahnhof“ bereits im Haushaltsplan 2019 enthalten ist.
Hierzu führt Herr Risch aus, dass die Maßnahme im Jahr 2019 mit einer VE für die Planungsleistung hinterlegt ist. Die Finanzierung erfolgt zum Teil über die Förderung aus dem Schnittstellenprogramm.
Nach Meinung von Herrn Reichel wird eine Entscheidung des Landtages zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in 2-3 Monaten erwartet. Er ist der Meinung, dass bis dahin der Haushalt der Stadt auch nicht bestätigt vorliegt und somit keine Aktivitäten umgesetzt werden können. Der Antrag sollte zurückgestellt werden.

Herr Riemer weist auf den Absatz im Antrag hin, dass Ausnahmen zulässig sind und berechtigte Maßnahmen damit umgesetzt werden könnten.

Beschlussempfehlung des Finanzausschusses

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat der Stadt Weißenfels alle für 2020 und 2021 vorgesehenen Straßenbauprojekte, für die nach § 6 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Straßenausbaubeiträge erhoben werden müssten, nicht zu realisieren.

Die Verwaltung wird beauftragt eine Liste mit vorgesehenen Straßenbaumaßnahmen vorzulegen, um Ausnahmen tätigen zu können.

Es gilt jedoch die Einschränkung, den Beschluss vorzeitig aufzuheben, wenn sich der Landtag von Sachsen-Anhalt für eine Neuregelung beziehungsweise Abschaffung der Straßenausbaubeiträge entscheidet und ein neues Gesetz landesweit in Kraft tritt.

Abstimmung: dafür: 11 dagegen: 3 Enthaltung: 0

Mehrheitlich wird dem Antrag zugestimmt.

6. Information zum Haushalt 2020 inkl. Haushaltskonsolidierungskonzept

Das Defizit beträgt aktuell ca. 6,2 Mio €. Wesentliche Gründe für das Defizit ist der Wegfall der Gewerbesteuer von ca. 4 Mio €.

Die Vorlage eines Haushaltskonsolidierungskonzepts ist notwendig. Ein erster Entwurf wurde den Mitgliedern per Mail übersendet.

Als Maßnahmen sind hier u.a. die Anpassung der Kita-Beiträge sowie die Reduzierung der Straßenunterhaltung angegeben.

Herr Wehler fragt an, warum für das Jahr 2020 ein wesentlich geringerer Kostenbeitrag bei Kitas angegeben ist als für das Jahr 2021. Hierzu teilt Herr Risch mit, dass die Anpassung erst ab dem 01.09.2020 gelten soll.

7. Information zum Stand Eröffnungsbilanz zum 31.12.2012

Es wird mitgeteilt, dass die Zusammenarbeit mit den „Uelzner“ beendet ist. Aktuell ist die gesamte die Stadt erfasst. Frau Bruder wird die EÖB im Februar prüfen. Weiterhin wurde zusätzlich ein Wirtschaftsprüfer zur Unterstützung beauftragt.

Eine Einreichung der Eröffnungsbilanz mit dem Haushalt 2020 sieht er als unproblematisch an.

8. Mitteilungen und Anfragen

Keine Mitteilungen oder Anfragen.

Öffentlicher Teil

9. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Die Öffentlichkeit wird wieder hergestellt. Es waren keine Bürger mehr anwesend.

10. Schließung der Sitzung

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.

Robby Risch
Oberbürgermeister

Sophie Münx
Protokollführerin